



US-Militärstützpunkt Subic Bay. Was wird nun aus diesem großen Gelände?

Foto: P.Franke

US-Militärstützpunkt

Nun ist es soweit. Was nationalistische Gruppen seit Jahren forderten ist eingetreten: die US-amerikanischen Truppen verlassen die Inseln, auf denen sie seit 1898 Stützpunkte hatten und die vor allem während des Zweiten Weltkrieges, des Vietnamkrieges und auch danach von immenser strategischer Bedeutung für die USA waren. Inzwischen wird aber klar, daß damit die Präsenz von ausländischen Truppen in den Philippinen noch nicht vorüber ist. Es wurde nämlich bekannt, daß die Vereinigten Staaten mit den Philippinen eine Abkommen über die Nutzung von Häfen geschlossen haben. Dafür muß jedoch tief in die Tasche gegriffen werden.

Zunächst wurden derartige Pläne von offizieller Seite bestritten. Dann erklärten jedoch US-Admiral Charles Larson und der Chef der philippinischen Streitkräfte, Lisandro Abadia, gemeinsam, daß den USA auch weiterhin die Benutzung von Häfen zur Reparatur oder zur Vervollständigung der Ausrüstung anlaufen dürfen.

Auch was aus dem riesigen Gelände von Subic Bay, dem ehemals größten Flottenstützpunkt außerhalb der USA werden soll, ist noch nicht klar. Bisher existieren lediglich Pläne für große Industrieanlagen und einen Freihafen.

vgl. NZZ 21.11.92, PDI 17., 19.9., 1.10.92, DG 29., 30.9.92, Newsdesk 22.10.92

Friedensgespräche

Große Fortschritte oder alles nur eine Riesenschau? Das ist die Frage bei der Ankündigung und den ersten Schritten der Regierung im Friedensprozess mit den Rebellen von Links, von Rechts und den Moslems im Süden. Die Beobachter sind sich keineswegs einig. Vielfach wird Präsident Ramos unterstellt, er benütze die Friedensverhandlungen nur, um Zeit zu gewinnen und dann zu einem großen Schlag ausholen zu können.

In den Niederlanden wurden Gespräche zwischen Vertretern der NPA und der Regierung zum Friedensprozess geführt. Gefordert wurden dabei weitere Gespräche in einem neutralen Land, was Manila jedoch ablehnte. Von beiden Seiten, sowohl von der Regierung als auch aus dem Lager der NPA, gibt es jedoch Signale, daß man an weiteren Gesprächen interessiert sei.

Positiv wird von einigen Beobachtern die Zurücknahme des Verbotes der Kommunistischen Partei auf den Inseln bewertet. Kritiker führen jedoch an, daß politisch motivierte Verhaftungen auch auf der Grundlage anderer Gesetze möglich seien und die Aufhebung wenig bringen würde. Mit der Freilassung von einigen politischen Gefangenen wollte die Regierung offensichtlich ein positives Signal setzen. Dennoch wird im Lande weiter gekämpft, werden weiterhin politisch An-

dersdenkende verhaftet. Nun hat die Regierung eine Waffenruhe für die Weihnachtstage und Neujahr angekündigt. Präsident Ramos hat die Untergrundkämpfer aufgefordert, in das legale Leben zurückzukehren und am Aufbau des Landes mitzuhelfen.

Auch von den moslemischen Rebellen im Süden des Inselstaates, deren Einfluß in den letzten Jahren jedoch stark geschrumpft ist, bestehen Gesprächsangebote. Einige Treffen auf oberster Ebene haben bereits stattgefunden. Der Führer der moslemischen Separatisten Nur Misuari hat angekündigt, daß er unter bestimmten Voraussetzungen bereit wäre, aus seinem libyschen Exil in die Philippinen zurückzukehren und sich an den Verhandlungstisch zu setzen. Er fordert wie die NPA ein neutrales Land als Tagungsort für Gespräche.

Gespräche gibt es auch zwischen der Regierung und den Rebellen von Rechts. Einigen untergetauchten Offizieren, die an Putschversuchen gegen die Regierung Aquino teilgenommen haben, wurde freies Geleit zu Friedensverhandlungen zugesichert. Dies gilt unter anderem auch für Gregorio "Gringo" Honnasan.

vgl. NZZ, 18.11.92, PDI 5., 6., 7.10.92, NDF Press Statement 28.10.92, Liberation, Aug. 92, Netnews, 14.10., 3., 5., 11., 21.11. u. 92

Kurzmeldungen

Trotz scharfer Gesetze sind die Philippinen immer noch der größte Müllablageplatz für US-amerikanischen Plastikmüll in Asien. Nach Angaben von Greenpeace wurden im ersten Quartal 1992 mehr als fünf Millionen Pfund Müll aus den USA auf den Inseln abgelagert. 1991 wurden insgesamt mehr als 15 Millionen Pfund Plastikabfall in die Philippinen verschifft. PNF 17.10.92

In Manila wurde ein Untersuchungsausschuß gegründet, der über den Verbleib von 250 Millionen Peso an Entwicklungshilfegeldern aus den Niederlanden Nachforschungen anstellen soll. Nach Angaben aus Regierungskreisen sind die Gelder nicht angekommen. DG 18.10.92

Präsident Fidel Ramos hat nach langanhaltenden Protesten aus der Bevölkerung die Überprüfung des Verfahrens gegen den Bauernführer Jaime Ta-deo angeordnet. Es wird über eine Amnestie nachgedacht, nachdem der Bauernführer bereits einen großen Teil seiner Strafe abgesessen hat. DG 10.10.92

Insgesamt 521 Polizeibeamte wurden seit dem letzten Jahr aus der Philippine National Police entlassen. Der Grund: Kriminelle Delikte. Unter den 521 Entlassenen sind auch 13 Beamte, denen Verwicklungen in Entführungsfälle nachgewiesen wurden. Nach Angaben von PNP-Chef General Raul Imperial sind rund vier Prozent der philippinischen Polizeibeamten kriminell. Er forderte eine umfassende Säuberung des Polizeiapparates. PDI 20.9.92

Die Mörder von Benigno Aquino fordern Amnestie. Die 15 Soldaten, die nach dem Attentat 1983 zu lebenslangen Freiheitsstrafen verurteilt wurden, begründen ihre Forderung damit, es habe sich um eine politische Straftat gehandelt. Sie behaupten, dadurch würden sie unter das derzeit laufende Amnestieprogramm der Regierung Ramos fallen. PDI 15.9.92

Jeepney Phase-out

Große Protest gibt es Seitens der Jeepneyfahrer in Manila gegen Pläne der Regierung, die Fahrzeuge von den Hauptverkehrsstraßen zu verbannen. Die Alliance of Independent Drivers and Operators Association (Piston) mit ihren rund 300.000 Mitgliedern befürchtet, daß von der Regierung angekündigte Sozialprogramme für die Fahrer nicht greifen werden. Zudem führte der Präsident von Piston, Medardo Roda, an, daß die Jeepneys nur etwa 20 Prozent des Verkehrsaufkommens ausmachen würden. Falls den Jeepneys verboten werden sollte, die Hauptverkehrsstraßen zu benutzen, sollte das auch für andere Fahrzeuge gelten, so Roda.

vgl. MC 19.10.92, 21.10.92

Reisimporte

Nach Angaben der National Food Authority (NFA) müssen die Philippinen in diesem Jahr weder Reis noch Mais einführen, und das trotz der Ernteeinbußen nach dem Ausbruch des Vulkans Pinatubo. Laut NFA habe die Behörde derzeit genügend Getreide gelagert, um die Zeit bis zur nächsten Ernte zu überbrücken.

Demgegenüber hat die Reisproduktion im ersten Halbjahr 1992 um 13 Prozent abgenommen und sinkt weiter. Wenn dieser Trend anhält, wird die Regierung im Laufe des nächsten Jahres gezwungen sein, doch wieder Getreide zu importieren, befürchten Beobachter.

vgl. MC 16.9.92

Energiekrise

Die philippinische Energiekrise ist wohl eines der Haupthindernisse für einen wirtschaftlichen Aufschwung auf den Inseln. Immer wieder lähmen stundenlange Stromausfälle die Wirtschaft. In den Geschäften geht gar nichts mehr. Viele Geschäftsleute legen sich eigene Generatoren zu, um die "brownouts" überbrücken zu können. In Inseraten von Restaurants wird damit geworben, daß man einen eigenen Generator hat und so auch beim Stromausfall die Gäste weiter bedienen kann. Die Stromknappheit ist um so erstaunlicher, da die Regenzeit eben erst zu Ende ging und die Stauseen der Kraftwerke voll sind. Dadurch ist für die Trockenmonate einiges zu befürchten. Der Ausfall liegt vor allem daran, daß die veralteten Kraftwerke ständig mit

voller Last gefahren werden und den Belastungen oftmals nicht standhalten können.

Die National Power Corporation steckt in großen finanziellen Schwierigkeiten und benötigt dringend Gelder für Investitionen. Von der Weltbank wurden Kredite nur unter der Voraussetzung in Aussicht gestellt, daß die Konsumentenpreise angehoben werden. Das ist in der Zwischenzeit auch geschehen. Bereits zum dritten Mal stiegen die Stromkosten in diesem Jahr an. Vor allem von Seiten der Gewerkschaft regt sich dagegen erbitterter Protest, da die Erhöhungen vor allem zu Lasten der Kleinverdiener gehen. Außerdem seien die finanziellen Probleme durch Mißwirtschaft und Korruption größtenteils hausgemacht.

vgl. NZZ 24.11.92, PDI 14., 22.10.92, MC 19.10.92, PNF 17.,24.,31.10.92

Entführungen

Angst geht um unter den reichen Filipinos chinesischer Abstammung. Seit längerer Zeit werden Mitglieder dieser Gruppe entführt und gegen Zahlung hohen Lösegeldes wieder freigelassen. Betroffen sind vor allem Kinder und Ehefrauen von Geschäftsleuten. Aus Angst, ihre Angehörigen nicht wiederzusehen, wenden sie sich oftmals nicht an die Polizei. Zudem wird vermutet, daß einige Drahtzieher der Verbrechen auch aus den Reihen der philippinischen

Sicherheitskräfte stammen. Einer von ihnen, Major Jose Pring, stand sogar einer Sondereinheit vor, die die Entführungen aufklären sollte.

Das Kidnapping hat sich zur größten Wachstumsindustrie auf den Inseln entwickelt. Aus Angst vor Entführungen fliehen viele Filipinos chinesischer Abstammung ins Ausland oder ziehen sich aus dem Wirtschaftsleben zurück. Andere haben angekündigt, daß sie sich zur Wehr setzen und sich bewaffnen wollen.

Daß gerade diese Gruppe

den Verbrechern als lohnendes Ziele erscheint, liegt vor, allem daran, daß die Familien reich und bei der Bevölkerung wegen ihrer Abschottung in Clans wenig beliebt sind, auch wenn sie schon seit Generationen im Land leben.

vgl. DG 21.,23.9.92, MC 22.9.92, FAZ 5.11.92

Todesstrafe

Die philippinischen Bischöfe haben sich in einem Aufruf vehement gegen Pläne der Regierung ausgesprochen, die Todesstrafe wieder einzuführen. Die Abschaffung der Todesstrafe 1986 sei ein beachtlicher Schritt zur praktischen Anerkennung der Würde des Menschen gewesen, so die Bischöfe, der nicht mehr rückgängig gemacht werden dürfe. Es wäre wirklich bedauerlich, so der Wortlaut des Aufrufes, wenn nach diesem Fortschritt, der in der Verfassung verankert sei, nun ohne moralische Notwendigkeit ein Schritt zurück gemacht würde.

Weltkirche 7.1992

Comfort Women

Ein Thema hat die philippinische Öffentlichkeit in den letzten Wochen ganz besonders erregt. Frauen brachen nach Jahrzehnten ihr Schweigen und berichteten über ihre Leiden während der Besatzungszeit der Japaner im Zweiten Weltkrieg. Viele von ihnen wurden als sogenannte "Comfort Women" wie Sexsklavinnen von den Besatzern gehalten und täglich mehrmals vergewaltigt. Aus Scham hatten sie über ihre grauenhaften Erlebnisse bisher nichts erzählt.

Durch ihren Bericht für eine Zeitung hat eine 65jährige Frau den Stein ins Rollen gebracht. Maria Rosa Luna Henson erzählte einer schockierten Öffentlichkeit, wie sie 1942 zweimal von japanischen Soldaten gefangen und während neun Monaten rund 20 Männern zu Willen sein mußte. Diesem Bericht folgten weitere Erzählungen anderer Frauen, die ähnliches erlebt hatten.

vgl. PNF Vol. XI,7, IX, 9, Batis, 10.92, Newsdesk, 28.9.92



Vizepräsident Estrada (mitte) mit Polizisten einer präsidentialen Sonderkommission

aus: AW 20.11.92 S.37